



Die beiden St. Galler Ständeräte Karin Keller-Sutter (FDP) und Paul Rechsteiner (SP) sind sich im Grundsatz einig, aber das wäre es auch schon gewesen. ANDRÉ ALBRECHT

Schülerschwund vorbei 13 Prozent mehr Schüler im nächsten Jahrzehnt erwartet

Das Bundesamt für Statistik (BFS) geht für das nächste Jahrzehnt von einem deutlichen Anstieg der Anzahl Kindergärtler, Primar- und Sekundarschüler aus. Zwischen 2003 und 2013 waren die Gesamtbestände in den obligatorischen Schulen insgesamt um 7 Prozent zurückgegangen. Lediglich auf Vorschulstufe wurden aufgrund der Geburtenzunahme in den letzten zehn Jahren 14 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler gezählt. Im nächsten Jahrzehnt sollen es hier noch einmal 14 Prozent mehr werden und bis 2024 die Zahl von 190 000 erreicht sein.

Gemäss dem BFS-Szenario für das Bildungssystem dürfte dieser Trend in Zukunft auch die anderen Stufen erreichen. So rechnet das BFS für die obligatorischen Stufen mit einer Zunahme von 13 Prozent auf 800 000 Lernende und für die Primarschulen mit einem Anstieg von 16 Prozent auf 535 000 Schülerinnen und Schüler. Für die Sekundarstufen I und II dürften die Zahlen vorerst noch zurückgehen. Ab 2018 sollen sie aber - aus überwiegend demografischen Gründen - um 6 bis 12 Prozent ansteigen. (SDA)

Altersreform auf Kurs

AHV I Der Ständerat hat erste Entscheide zur Altersreform gefällt: Er erhöht das Frauenrentenalter und senkt die BVG-Rente. Die umstrittenste Frage hat er auf heute verschoben

VON ANNA WANNER

Es war geradezu müssig, wie sich die Voten gestern im Ständerat wiederholten: «Generationenvertrag einhalten.» «Renten für die Zukunft sichern.» Das Plenum war sich im Grundsatz einig, die Altersvorsorge muss reformiert werden. Spätestens seit auch die AHV in Schieflage geraten ist, gilt der Handlungsbedarf als unbestritten. So wurde letztes Jahr mehr Geld in AHV-Renten ausbezahlt, als über Lohn- und Bundesbeiträge eingenommen werden konnte. Die Situation verschärft sich in den kommenden Jahren zusätzlich, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in Pension gehen.

Während sich die AHV in absehbarer Zeit stark verschuldet, führt die demografische Entwicklung schon länger zu einem faktischen Rentenklau in der beruflichen Vorsorge. Das Guthaben, das sich ein jeder in seiner Pensionskasse anspart, reicht nicht mehr aus für den länger werdenden Lebensabend. Seit Jahren finanzieren die aktiven Erwerbstätigen die berufliche Vorsorge (BVG)

der Rentner mit. Daher müsste der Umwandlungssatz, der die Höhe der BVG-Rente bestimmt, zwingend gesenkt werden. Die Folge wären tiefere Renten. Dagegen wehrten sich bisher nicht nur die Gewerkschaften. Auch das Volk lehnte unlängst eine Senkung des Umwandlungssatzes klar ab.

Die ersten Pflöcke eingeschlagen

Wie kann das System also reformiert werden und gleichzeitig vor dem Volk standhalten? Darauf hat die Politik nur eine Antwort: Das Rentenniveau muss erhalten bleiben. Wie das am besten erreicht werden kann, darüber stritt sich die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK), lieferte dann aber eine handfeste Lösung. Präsidentin Liliane Maury Pasquier (GE/SP) gestand, die Kommission habe das «Ei des Kolumbus nicht gefunden». Doch sie kamen ihm zumindest etwas näher - und feierten gestern erste Erfolge auf dem steinigem Weg zur Reform der Altersvorsorge: Der Ständerat hiess vier von fünf Grundsatzfragen mit überwältigender Mehrheit gut:

- Der Rentenbezug soll flexibel möglich sein: Vorbezug ab 62 Jahren, Aufschub bis 70 Jahren.
- Das Rentenalter der Frauen wird an jenes der Männer angeglichen.
- Der Koordinationsabzug, der vor allem tiefere Einkommen benachteiligt, wird nicht gestrichen.
- Der Umwandlungssatz wird von 6,8 Prozent auf 6 Prozent gesenkt. Das heisst, wer in der beruflichen Vorsorge über die Jahre ein Guthaben von 100 000 Franken angespart hat, erhält in Zukunft nicht mehr 6800 Franken im Monat, sondern 6000.

Gegen die letzten drei Punkte wehrte sich Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner (SG/SP) jahrelang vehement. Doch er zeigte sich bereit, von seiner Position abzurücken, um einen Kompromiss zu finden. Allerdings nur unter der Bedingung, dass die längere Arbeitszeit und die Rentenausfälle kompensiert werden. Die SGK hat sich darauf geeinigt, dass jeder Neurentner künftig 70 Franken mehr AHV-Rente pro Monat erhalten soll. Just dieses heisse Eisen - die letzte der fünf Grund-

satzfragen - hat der Ständerat gestern aber nicht mehr anfassen wollen, sondern auf heute verschoben.

Spezialisten im Krötenschlucken

Wenn auch die kleine Kammer die ersten Reformschritte abnickte, blieb die zunächst langatmige Debatte nicht ohne Zwischentöne. SVP-Ständerat Roland Eberle (TG) griff Rechsteiner an, weil dieser die Reform zum «Testfall für die Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen» erhob, dann aber die Erhöhung des Frauenrentenalters und die Senkung des Umwandlungssatzes als sozial nicht verkraftbar bezeichnete und zur Ablehnung empfahl. Eberle: «Ich wollte die Stimmung nicht stören. Aber wir können nicht von Kompromissen und Krötenschlucken reden und dann mit solchen Drohgebärden auffahren.» Ob dieses Votum am Ende nicht zu einem Bumerang verkommt, zeigt sich heute bei den 70 Franken AHV-Beitrag, welche über höhere Lohnbeiträge finanziert werden sollen. SVP und FDP haben sich positioniert: Diese Kröte sei zu gross zum Schlucken. (SDA)

Fachhochschulen 3800 neue Studenten und Studentinnen

Mehr als 3800 Studentinnen und Studenten haben am Montag an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) ihre Bachelor- oder Masterausbildung begonnen. Damit studieren in den vier FHNW-Standortkantonen insgesamt rund 11 000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Neueintritte um 9,1 Prozent auf 3883 Studierende. Drei Viertel entschieden sich für ein Bachelorstudium, 21 Prozent für ein Masterstudium und vier Prozent begannen an der Pädagogischen Hochschule ein Studium der Sekundarstufe II. Mit 1086 Neueintritten in die Pädagogische Hochschule ist das Interesse für den Lehrerberuf gemäss FHNW nach wie vor sehr gross. Die Zahl der Neueintritte liegt jedoch 10 Prozent tiefer als vor einem Jahr. An der Hochschule für Wirtschaft immatrikulierten sich 936 Bachelor- und Master-Studierende. An der Hochschule für Technik begannen 537 Studierende ihre Ausbildung. Die Fachhochschule Nordwestschweiz umfasst neun Hochschulen in den vier Trägerkantonen Aarau, Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn. Am meisten Studierende besuchen eine Hochschule in Basel-Stadt (31 Prozent), gefolgt von den Kantonen Aargau (28 Prozent) und Solothurn (26 Prozent). (SDA)

«Das höhere Rentenalter wird kommen»

AHV II Ständerat Felix Gutzwiller verteidigt die Reform, hält aber einen Ausbau der Renten für unverantwortlich.

VON MICHAEL WANNER

Herr Gutzwiller, in der Diskussion im Ständerat ist klar geworden, dass die Reformen gerade einmal für 10 Jahre reichen. Wieso reformieren wir die Altersvorsorge nicht jetzt schon dauerhaft?

Felix Gutzwiller: Seit 1998 sind alle Reformen gescheitert. Die Erfahrung zeigt, dass bei den Sozialversicherungen nur schrittweise Reformen möglich sind. Wir lösen jetzt erst einmal die ganz dringlichen Punkte: Angleichung des Rentenalters zwischen Frauen und Männern und Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Wir sind jetzt bei der II. Revision. Es wird auch weiterhin alle 10 Jahre eine neue Revision brauchen.

Müsste man angesichts der zunehmenden Lebenserwartung nicht das Rentenalter erhöhen?

Wenn alles so weiter geht wie jetzt, werden wir mittelfristig nicht um eine weitere Erhöhung des Rentenalters herumkommen. Viele europäische Länder mit weniger stark gestiegenen Lebenserwartungen haben das schon realisiert.

Wieso nicht jetzt?

Wir müssen die Sozialversicherungen erst einmal stabilisieren. Wenn wir heute eine Erhöhung des Rentenalters fordern, wäre das von Anfang an eine verlorene Sache. Die Politik ist da, um konkrete Lösungen zu erarbeiten, die auch realisierbar sind.

Wenn die Reformen nur 10 Jahre halten: Wie steht es um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen?

Bei der privaten Vorsorge gehen die Reformen in die richtige Richtung. Der Umwandlungssatz soll reduziert werden, die Eintrittsschwelle nicht gesenkt. So wird sich die Situation zumindest nicht verschlechtern.

Langfristig werden höhere Abgaben nötig sein und wahrscheinlich ein noch tieferer Umwandlungssatz. Das wird nur gelingen, wenn klar ist, dass das einbezahlte Kapital in der zweiten Säule einem selbst zugutekommt. Es darf nicht sein, dass in der zweiten Säule die Jungen die Alten finanzieren.

Und bei der AHV? Die ständerätliche Kommission will Neurenten um 70 Franken im Monat erhöhen und dafür die Lohnbeiträge hochsetzen.

Ein Zugeständnis an die Linke und die Gewerkschaften. Das Rentenniveau zu stabilisieren ist richtig. Aber diesen Ausbau halte ich für unverantwortlich. Erstens schafft man ein zusätzliches Finanzierungsproblem. 70 Fr. im Monat klingt nach wenig. Aber mit der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge wird der AHV dadurch noch schneller das Geld ausgeben. Zweitens führen die Lohnbeiträge dazu, dass die Jungen den Ausbau der Renten noch stärker finanzieren als sie dies ohnehin schon tun. Es kann nicht sein, dass die Aktiven noch weiter belastet werden. Die Fi-

nanzierung über die Mehrwertsteuer ist hier immerhin gerechter, weil alle bezahlen, auch die Pensionierten. Höhere Lohnkosten sind zudem schlecht für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Angesichts der wirtschaftlichen Lage mit dem starken Franken ist das brandgefährlich. Wir würden das Erfolgsmodell Schweiz gefährden.

Gilt aus bürgerlicher Sicht jetzt die Devise, lieber die Senkung des Umwandlungssatzes und die Angleichung des Rentenalters zwischen Frauen und Männern durchkriegen als mit einer radikaleren Reform scheitern?

Das kann man so sagen. Wir brauchen diese Reform auch, aber eben nicht um jeden Preis. Einem Ausbau um 70 Fr. pro Monat und einer Erhöhung der Lohnbeiträge werde ich nicht zustimmen. Da ist sich auch die FDP-Fraktion praktisch einig.



Felix Gutzwiller ist Zürcher FDP-Ständerat.

Treibhausgase Nationalrat will an CO₂-Reduktion im Inland festhalten

Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent bis 2020 soll vollständig im Inland erreicht werden. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Umweltkommission abgelehnt, die Hälfte der Emissionen mittels Zertifikaten im Ausland zu realisieren. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Klimapolitik sei ein globales Anliegen, das nicht nur auf das Inland ausgerichtet sein sollte, sagte Albert Rösti (SVP/BE) im Namen der Kommission. Eine Kommissionsminderheit aus den Reihen der SP und der Grünen wollte an der CO₂-Reduktion im Inland festhalten. Um glaubwürdig zu bleiben, müssten die Anstrengungen in der Schweiz gemacht werden, sagte Roger Nordmann (SP/VD). Der Minderheitsantrag setzte sich schliesslich mit 106 zu 73 Stimmen bei 4 Enthaltungen durch. Der Bundesrat lehnt die Motion ebenfalls ab. (SDA)